



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Flüchtlinge sollen arbeiten dürfen, keine bayerischen Sonderauschlussregelungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Vereinbarungen des Asylkompromisses auch in Bayern vollumfänglich umzusetzen,
2. das Recht auf Arbeit nicht durch bayerische Sonderregelungen für bestimmte Gruppen einzuschränken,
3. die Ausländerbehörden anzuweisen, die Erteilung von einzelnen Arbeits- und Ausbildungsverböten zu dokumentieren und darüber jährlich dem Landtag zu berichten.

Begründung:

Vereinbarungen auf Bundesebene sind einzuhalten. Arbeitsverböten sind politisch und gesellschaftlich nicht sinnvoll, sie stellen zudem eine massive menschliche Härte dar, an der Menschen auch zerbrecben können oder psychisch erkranken. Bayerische Sonderwege und gruppenbezogene Arbeitsverböten sind daher zu unterlassen. Da Arbeitsverböten eine massive persönliche Einschränkung darstellen, dürfen sie nicht gruppenbezogen verhängt werden. Einzelfallbezogene Arbeitsverböten und Ausbildungsverböten sind zu dokumentieren und darüber im Landtag bis zum Ende des Jahres zu berichten.